

KURZ UND PRÄGNANT

Vor Pflegenotstand gewarnt

Thüringen hatte 2009 mit 3,4 Prozent unter allen Bundesländern den zweithöchsten Anteil von Pflegebedürftigen an der Bevölkerung des Landes. MdL Jörg Kubitzki sagte, damit sei ein Pflegenotstand vorprogrammiert angesichts der



Situation bei den Pflegefachkräften. Nach der Studie „Fachkräfteentwicklung in der Thüringer Gesundheits- und Sozialwirtschaft“ des Instituts für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena würden in Thüringen in den nächsten fünf Jahren 22.300 Fachkräfte und innerhalb der nächsten zehn Jahre 43.500 Fachkräfte benötigt. Allein im Altenpflegebereich werden bis zum Jahr 2020 voraussichtlich etwa 15.000 Beschäftigte fehlen.

Der Abgeordnete verweist auf Initiativen der Linksfraktion, die u.a. gefordert hatte: Finanzierung des dritten Umschulungsjahres zur Pflegefachkraft durch ein landeseigenes Programm; Schaffung von Möglichkeiten zur verkürzten berufsbegleitenden Ausbildung von langjährig in der Pflege tätigen Personen als Pflegefachkraft, wie z. B. Heilerziehungspfleger oder Familienpfleger. Auch müsse die Landesregierung eine Bundesratsinitiative ergreifen, damit die Finanzierung der Ausbildungsvergütung, die einseitig zu Lasten der zu Pflegenden in den Ausbildungseinrichtungen geht, verändert wird. ■

Der Abgeordnete verweist auf Initiativen der Linksfraktion, die u.a. gefordert hatte: Finanzierung des dritten Umschulungsjahres zur Pflegefachkraft durch ein landeseigenes Programm; Schaffung von Möglichkeiten zur verkürzten berufsbegleitenden Ausbildung von langjährig in der Pflege tätigen Personen als Pflegefachkraft, wie z. B. Heilerziehungspfleger oder Familienpfleger. Auch müsse die Landesregierung eine Bundesratsinitiative ergreifen, damit die Finanzierung der Ausbildungsvergütung, die einseitig zu Lasten der zu Pflegenden in den Ausbildungseinrichtungen geht, verändert wird. ■

Erlass des Innenministeriums

Die Gewerkschaft der Polizei hat einen Erlass des Thüringer Innenministeriums kritisiert, der gewerkschaftliche Arbeit einschränkt. Nach Prüfung der Linksfraktion verstößt er gegen die Regelungen der Verordnung über den Urlaub der Beamten und Richter sowie den Tarifvertrag für die Angestellten. „Es ist zu befürchten, dass gewerkschaftliche Arbeit gewählter Delegierter und Vorstandsmitglieder in Fachausschüssen durch das Innenministerium unzulässigerweise eingeschränkt wird“, sagte MdL Martina Renner. Sie hoffe, dass es nicht Absicht der Landesregierung ist, die wichtige Arbeit von Gewerkschaften und Berufsverbänden gerade in der Zeit der Neuorganisation der Polizei einzuschränken. Ansonsten sei der von der GdP angekündigte Weg vor das Verwaltungsgericht der richtige Schritt, um prüfen zu lassen, ob die Landesregierung unzulässigerweise die der Mitwirkung zwingend vorausgehende Selbstorganisation einschränkt. ■

Hauptamtlicher Bürgermeister für Oberhof bis zur Neugliederung

Gesetzentwurf der Linksfraktion/Forderung nach Neuordnung der Verwaltungsstrukturen in der Region

Solange Oberhof in der jetzigen Struktur eigenständig ist, muss es einen hauptamtlichen Bürgermeister geben“, ist Frank Kuschel kommunalpolitischer Sprecher der Linksfraktion, überzeugt. Die LINKE hat dazu dem Landtag für seine Februar-Sitzung einen Gesetzentwurf vorgelegt.

„Das Verwaltungsgericht Meiningen hat die Position der LINKEN bestätigt und die Landesregierung sollte diese Gerichtsentscheidung akzeptieren“, betont Frank Kuschel. Die jetzige Struktur Oberhofs habe die Landesregierung selbst zu verantworten. Noch nie hatte Oberhof mehr als 3.000 Einwohner und trotzdem habe das Land aus gutem Grund die Hauptamtlichkeit des Bürgermeisters bisher ermöglicht. „Und wenn die Landesregierung eine Neustrukturierung der Stadt Oberhof für notwendig erachtet, war dafür seit langem Zeit, aber die hat sie nicht genutzt“, sagt der Kommunalpolitiker.

„Jetzt durch die Versagung des hauptamtlichen Bürgermeisters die Stadtverwaltung defacto führungslos zu machen und so Druck auf eine Neugliederung auszuüben, ist unanständig und gefährdet die Entwicklung von Ober-

hof.“ Dabei entlaste die Ehrenamtlichkeit des Bürgermeisters die Stadt nicht einmal finanziell, da ein leitender Beamter künftig die Stadtverwaltung führen müsse. Die LINKE akzeptiert die Sonderrolle von Oberhof und legt dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, der die Hauptamtlichkeit des Bürgermeisters regelt.

Der Fall geht nun vor das Obergerverwaltungsgericht

Zugleich fordert die Linksfraktion die Landesregierung auf, umgehend Varianten für eine Neuordnung der Verwaltungsstrukturen in der Region zu prüfen und dem Landtag entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

„Das Verharren der CDU hinsichtlich der Freiwilligkeit von Strukturveränderungen wird in der Region um Oberhof zu keiner Lösung führen“, ist sich Frank Kuschel sicher. „Selbst wenn Oberhof für neue Strukturen offen ist, fehlt es derzeit an der Bereitschaft potenzieller Partner wie der Stadt Zellamhehlis. Hier ist nun die Landesregierung gefordert. Der Streit zwischen CDU und SPD über die künftigen Gemeindestrukturen darf keinesfalls auf

dem Rücken der Stadt Oberhof ausgetragen werden“, so Frank Kuschel.

Wie kurz vor Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports Nachrichtenagenturen vermeldeten, geht die juristische Auseinandersetzung um den Bürgermeister-Posten in Oberhof in die nächste Runde. Das Land Thüringen, vertreten durch das Landesverwaltungsamt, habe Beschwerde gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts eingelegt, demzufolge die Kommune einen hauptamtlichen Bürgermeister haben dürfe, hatte am 20. Februar ein Sprecher der Behörde mitgeteilt.

Der Fall geht nun vor das Obergerverwaltungsgericht. Eine Woche zuvor hatte das Verwaltungsgericht einem Eilantrag der Stadt Oberhof zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung stattgegeben. Nach Ansicht der Richter kann ein ehrenamtlicher Bürgermeister das Amt nicht führen, ohne die Aufgaben zu vernachlässigen.

In Thüringen dürfen nur Gemeinden mit mindestens 3.000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister haben. Oberhof hat etwa 1.500 Einwohner. Vertreter Oberhofs hatten auf die Bedeutung des Ortes als Wintersportzentrum verwiesen. ■

Damit kann der Verein auch 2012 das Schulprojekt kostenfrei anbieten

Auch im Jahr 2011 konnten sich die Mitglieder der Kreisorganisation Eichsfeld des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e.V. (BSVT) über prominente Gäste aus der Politik freuen. Im November besuchte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Blinde und Sehbehinderte im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung im Heiligenstädter Restaurant „Haus des Handwerks“.

Kreisvorsitzender Ralf Lindemann berichtete über die Aufgaben und Projekte des Verbandes im Landkreis Eichsfeld. Besonders erwähnte er das seit 1991 durchgeführte Schulprojekt „Behinderte im Alltag – Vortragsreihe vor Schülern und Pädagogen“. Es beinhaltet die Darstellung des Alltags von Blinden und Sehbehinderten, die Erläuterung verschiedener Möglichkeiten der Aneignung von Mobilität oder die Vorstellung und Erläuterung spezieller Hilfsmittel für Sehgeschädigte. Die Schüler können sich mit Hilfe von Simulationsbrillen in die Welt eines sehbehinderten oder blinden Menschen versetzen. Stolz ist Lindemann, dass bereits über 1.700 Schüler der Klassen 1 bis 11 im Landkreis Eichsfeld die „besondere Unterrichtsstunde“ miterleben konnten. Allein im Jahr 2011 habe er mit seiner sehenden Assistentin Silke Senge aus der überregionalen Beratungsstelle Heiligenstadt des BSVT 261 Schüler unterrichtet. Alle Schüler erhalten im Rahmen des Projektes Punktschrift-Alphabete. An die Pädagogen werden umfangreiche



Informationsmaterialien zu verschiedenen Themen übergeben. Die Landtagsabgeordnete war natürlich nicht mit leeren Händen ins Eichsfeld gekommen. Sie überreichte an Kreisvorsitzenden Ralf Lindemann einen Scheck in Höhe von 400 Euro vom Verein Alternative 54 e.V. „Der Betrag wird für die Durchführung des Schulprojektes, insbesondere für die Anschaffung von Unterrichtsmaterialien verwendet“, so Lindemann. Damit kann der gemeinnützige Verein BSVT e.V. auch im Jahr 2012 das Schulprojekt kostenfrei anbieten. Am Rande der Zusammenkunft kam Karola Stange dann auch mit einzelnen Verbandsmitgliedern ins Gespräch, um deren Probleme zu erfahren (s. Foto).

Ebenfalls im November 2011 war Gabriele Zimmer, Europaabgeordnete der Linkspartei, beim Blinden- und Sehbehindertenverband zu Gast. In der

überregionalen Beratungsstelle Heiligenstadt des BSVT e.V. wurde die Abgeordnete vom Kreisvorstand unter der Leitung von Ralf Lindemann sowie durch Beratungsstellenleiterin Silke Senge begrüßt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen auch diesmal die Probleme und Belange blinder und sehbehinderter Menschen. Der Kreisvorstand informierte über die umfangreiche Arbeit des Verbandes im Landkreis Eichsfeld und zeigte eine kleine Auswahl von Blindenhilfsmitteln.

Gabriele Zimmer trug sich in das Gästebuch des Verbandes ein. Für November 2012 lud sie eine kleine Abordnung von Verbandsfreunden zum Besuch des Europäischen Parlamentes nach Strasbourg ein.

Silke Senge, Leiterin Überregionale Beratungsstelle Heiligenstadt des BSVT e.V. ■